



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

KLIMASCHUTZ MUSS WIRTSCHAFTLICH SEIN

23.01.2008 Fachinformation

BBU erinnert an Wirtschaftlichkeitsgebot des Energieeinspargesetzes Berlin, den 23. Januar – Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) mahnt vor dem Hintergrund der bisherigen Klimaschutzerfolge der Wohnungswirtschaft hinsichtlich der Klimaschutzvorschläge der EU-Kommission zu Augenmaß. "Vorgaben zum Klimaschutz müssen wirtschaftlich sein. Das schreibt auch das deutsche Energieeinspargesetz mit seinem Wirtschaftlichkeitsgebot vor", so BBU-Vorstandsmitglied Ludwig Burkardt. Der BBU wolle den Landesregierungen von Berlin und Brandenburg seine Erfahrungen mit dem Klimaschutz bei der Analyse der EU-Klimaschutzvorschläge zur Verfügung stellen. "Klimaschutz zum Nulltarif gibt es nicht", hob Burkardt hervor. Investitionen in energetische Modernisierungen von Wohngebäuden müssten über Mieterhöhungen finanziert werden. Auf der anderen Seite der Rechnung sänke durch energetische Modernisierungen zwar der Energieverbrauch der Wohnungen. "Vor dem Hintergrund der Preisexplosion bei Wasser und vor allem Energie wird damit aber mittelfristig nur eine Dämpfung des Betriebskostenanstiegs erreicht. Durch energetische Sanierung steigen die Wohnkosten insgesamt also zwar nicht so stark, wie es ohne die Modernisierungsmaßnahmen der Fall wäre. Steigen werden sie aber dennoch. Warmmietenneutralität ist eine Illusion." Ziel der Wohnungsunternehmen sei, im Interesse der Vermietbarkeit ihrer Wohnungen den Anstieg der Wohnkosten so niedrig wie möglich zu halten. "Das wird aber nur gelingen, wenn die Balance zwischen Investitionsaufwand und Investitionsnutzen gewahrt bleibt", so Burkardt. Die Wohnungsunternehmen müssten dazu in der Wahl ihrer Modernisierungsmittel so frei wie möglich sein. Burkardt: "Nur so kann sichergestellt werden, dass die Klimaschutzlösungen auch wirklich praxisgerecht sind und nicht zu ausufernden Kosten für Vermieter und Mieter führen." Der BBU werde sich bei den Ländern Berlin und Brandenburg sowie über den GdW Bundesverband der deutschen Wohnungs- und Immobilienunternehmen bei Bund und EU für Wirtschaftlichkeit und Wahlfreiheit bei Vorgaben zum Klimaschutz einsetzen. "Die bisherigen Klimaschutzerfolge der BBU-Mitgliedsunternehmen zeigen, dass auf der Grundlage von Freiwilligkeit und Wahlfreiheit gute Ergebnisse zu erzielen sind. Seit 1991 haben unsere Mitgliedsunternehmen die CO₂-Emissionen ihrer Wohnungsbestände um gut 25 Prozent verringert. Das ist mehr als das Doppelte des Kyoto-Ziels. Hier wirken die Kräfte des Marktes: Energetisch sanierte Wohnungen sind besser vermietbar. Das aber eben nur so lange, wie die Modernisierungsinvestitionen nicht zu unbezahlbaren Mieten führen." In dem im Dezember 2007 zwischen Senat und BBU geschlossenen Klimaschutzabkommen wurde bis 2010 eine Verringerung der jährlichen CO₂-Emissionen um weitere 106.000 Tonnen vereinbart. Unter dem Dach des BBU sind 363 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die BBU-Mitgliedsunternehmen bewirtschaften gut 1,1 Millionen Wohnungen. Das sind über 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und fast 50 Prozent der Mietwohnungen im Land Brandenburg.

<https://bbu.de/beitraege/klimaschutz-muss-wirtschaftlich-sein>